



Bildung

S. 3/4

Die Bildungs- und Schulpolitik im Kreuzfeuer: Zum einen tritt man sich im Plenum über die Benotung der NRW-Schulpolitik, zum anderen über die Schwerpunkte in Sachen Hochschulen.

Landwirtschaft

S. 5

Der Preis der Milch ist zwischen Milchbauern und Supermärkten umstritten. Die Debatte setzte sich auch in der Politik fort, und zwar nicht nur in Berlin und Brüssel, sondern auch in Düsseldorf.

Verbraucher

S. 6

Telefonwerbung – für manche ein Reizwort, für andere ein Mitbringsel der modernen Zeit. Missbrauch und Verbraucherklagen riefen die Politik auf den Plan. Im Landtag eine einstimmige Sache.

Klima

S. 18

Der Himmel über der Ruhr – ein ungeteiltes Vergnügen? Zumindest mit Blick auf die Teilbarkeit von Umweltzonen gab es bei einer Anhörung im entsprechenden Ausschuss „dicke Luft“.



1. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. – 24. Juni 2008

187 Jugendliche kommen nach Düsseldorf, um parlamentarische Arbeit zu erleben. Mehr auf den Seiten 10 und 11

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Milliarden für den Ausbau	3
<i>Landesregierung will – mit dem Bund – Hochschulen fit machen</i>	
„Bildungsland“ oder „Bildungswüste“?	4
<i>Geteiltes Echo auf die Benotung der NRW-Schulpolitik</i>	
„Was ist die Milch uns wert?“	5
<i>Aktuelle Stunde zum Streik der Milchbauern</i>	
Telefonwerbung an die Leine gelegt	6
<i>Landtag einstimmig für stärkere Rechte der Verbraucher</i>	
Gegen heimliche Überwachung	7
<i>Landtag erörtert Gefahren und Nutzen der elektronischen Ortung</i>	
Matheprüfung mit Ecken und Kanten	8
<i>Fraktionen streiten über schwierige Aufgabe im Zentralabitur</i>	
Rauchverbot ohne „Wenn und Aber“	9
<i>Auch für Kneipen mit Entlüftungsanlagen keine Ausnahme</i>	
Politik praktisch erfahren	10-11
<i>Zum ersten Mal: 187 Jugendliche debattieren im Düsseldorfer Parlament</i>	
„Die jungen Leute motivieren“	12-13
<i>Interviews mit den jugendpolitischen Sprechern zum Jugend-Landtag</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
Eine Studie und zwei Meinungen	15
<i>Koalition und Opposition streiten über Beiträge der Studierenden</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Konzept oder Flickenteppich?	18
<i>Geplante Umweltzonen im Ruhrgebiet sorgen für dicke Luft</i>	
Porträt: Horst Becker (GRÜNE)	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Jugend erobert das Parlament

Aus allen Teilen des Landes kommen für drei Tage junge Menschen im Landtagsgebäude am Rhein in Düsseldorf zusammen. Sie nehmen im Plenum und in den Ausschusssälen Platz, sprechen in Mikrofone (wenn ihnen zuvor ganz parlamentarisch das Wort erteilt worden ist) und sie heben ihren Arm zur Abstimmung.

Ein Spiel?

Es gibt Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen, Arbeitskreise. Es wird diskutiert, abgestimmt und es werden per Mehrheit Beschlüsse gefasst und Empfehlungen verabschiedet.

Folgenlos?

Vielleicht sind ja die äußerlichen Rituale dieselben. Aber es geht um mehr: um Inhalte, um praktische Erfahrung und letzten Endes um Werbung für Demokratie und Engagement in der Zivilgesellschaft. Und um die Erwartung, dass die Akteure nach dem Ende des Jugend-Landtags ihre gesammelten Erfahrungen in ihre Familien, an ihre Schulen und in ihre Freundeskreise weitergeben.

Zurück zur Tagesordnung?

Ganz sicher nicht. Das Thema Jugend und Parlament bleibt auf der Agenda der Landtage. Das ist einer der Beschlüsse der letzten Präsidentenkonferenz, die in Düsseldorf im vergangenen Jahr getagt hat.

VERANTWORTUNG

Ein Beschluss, den der nordrhein-westfälische Landtag schon vorab umzusetzen begonnen hat. Zu Beginn der Wahlperiode hat er die Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ eingerichtet. Sie legt in Kürze ihren Abschlussbericht vor. Immer wieder stehen Themen zur Jugendpolitik im Mittelpunkt von Plenum und Ausschüssen: Kinderarmut, Ausbildung und Integration. Das alles betrifft junge Leute. Und noch vieles mehr. Klimaschutz, Staatsverschuldung, Umwelt, Gesundheit, Medien – alles hat Bezug zur Jugend.

Man sieht: Dieser Landtag hat in Verantwortung für kommende Generationen die Nachhaltigkeit seiner Beschlüsse im Blick. Bei ihm sind die Interessen der jungen Generation gut aufgehoben. Schön, wenn auch diese Einsicht vom Jugend-Landtag mitgenommen würde. *JK*

Milliarden für den Ausbau

Landesregierung will – mit dem Bund – Hochschulen fit machen

„Die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bis 2020 zukunftsfest machen: Studienplätze schaffen, Fachhochschulen stärken, Gebäude modernisieren“ – unter diesem Motto unterrichtete die Landesregierung den Landtag über ihre Schwerpunkte in der Hochschulpolitik der nächsten Zeit. Die Koalition präsentierte dabei ein Maßnahmenbündel, wie die steigende Nachfrage nach einem Studium an Fachhochschulen oder Universitäten erfüllt werden soll. Die Opposition fand die Vorschläge nicht ausreichend und übte heftige Kritik an der Richtung der Hochschulpolitik im Land.



Wissenschaftsminister Professor
Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) teilte mit, in den Spitzenjahren 2013 bis 2015 würden rund 160.000 junge Menschen zusätzlich studieren wollen. In NRW fehlten bereits heute rund 20.000 Ingenieurinnen und Ingenieure. Außerdem sei die Studienplatzrelation zwischen Fachhochschulen und Universitäten von derzeit 25 zu 75 auf 40 zu 60 Prozent anzuheben. Weiter gehe es darum, den Modernisierungs- und Sanierungsstau aufzulösen. Dazu bedürfe es Strukturveränderungen, flexibler Maßnahmen und des dauerhaft tragfähigen Ausbaus des Hochschulsystems. Zu diesem Ziel habe die Landesregierung ein Paket geschnürt. Es sehe vor, drei neue Fachhochschulen mit 2.500 Studienplätzen in den Schwerpunkten Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (sogenannte MINT-Fächer) zu gründen. Es sei auch eine neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit 1.000 Studienplätzen geplant. 2.500 weitere Studienplätze entstünden durch Abteilungsneugründungen an den bestehenden Fachhochschulstandorten. Für die verbleibenden 135.000 erforderlichen Plätze würden die Hochschulen bedarfsbezogen ausgebaut. Dem Bund gegenüber drängte Pinkwart, noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr den Hochschulpakt II für die Jahre 2011 bis 2020 unter Dach und Fach zu bringen. Daraus benötige allein NRW 2,25 Milliarden Euro: „Wir setzen darauf, dass der Bund zu seiner Verantwortung steht.“



Karl Schultheis (SPD)



Manfred Kühmichel (CDU)



Christian Lindner (FDP)



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Karl Schultheis (SPD) urteilte, die vorgetragenen Maßnahmen genügen nicht, „2013 ausreichende und qualitativ hochwertige Studienangebote für die Jugend unseres Landes zu schaffen“. Man könne nicht so tun, als liege 2013 in weiter Ferne, „das ist morgen“! 160.000 Plätze würden benötigt; 4.000 davon kämen mit der Fachhochschulinitiative zustande, „es fehlen also noch 156.000. Nicht nur die Opposition verlangt hier Antworten, sondern 156.000 Schülerinnen und Schüler, ihre 312.000 Eltern und 624.000 Großeltern und unzählige viele Verwandte und Freunde“. Kritik auch am geplanten Hochschulausbau: Von den Bundesmitteln komme zu wenig bei den Hochschulen an, beispielsweise von den jährlichen 107 Millionen Euro aus Berlin erreichten nur rund 38 Millionen als direkte Investitionen die Hochschulen.

Manfred Kühmichel (CDU) dankte dem Minister für die Unterrichtung darüber, wie die Hochschullandschaft in NRW bis zum Jahr 2020 zukunftsfest gemacht werden soll. Alle Maßnahmen seien in langfristige hochschulpolitische Ziele eingebettet: Die Qualität der Lehre weiter zu verbessern, das Angebot an MINT-Fächern auszubauen und die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze an Fachhochschulen von 25 auf 40 Prozent anzuheben. Der Abgeordnete verwies drauf, dass die für das Ganze notwendigen Mittel vom Land zusätzlich bereitgestellt würden: „Der Ausbau der Fachhochschullandschaft geht also nicht zulasten der bestehenden Hochschulen.“ Das alles sei eine immense Anstrengung, die zeige, „wie ernst es uns mit der Priorität für Bildung ist“.

Christian Lindner (FDP) hob hervor, nach Studienbeitragsgesetz, Hochschulfreiheitsgesetz, nach der Priorität auf Innovation sei dieses Maßnahmenpaket der Landesregierung zum Ausbau von Kapazitäten der vierte Meilenstein der Neuordnung der Hochschulpolitik im Land. Lindner stellte fest, diese Landesregierung „verbuddelt“ nicht dreistellige Milliardenbeträge in einer nicht lebensfähigen Industrie, sondern treibe echten Strukturwandel durch „Investitionen in Köpfe“ voran. Man leite auch die Mittel nicht in möglichst viele „Buchwissenschaften“, sondern strebe den Ausbau in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern an.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) fand, der jetzige Hochschulpakt sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Nach Schätzung der Hochschulrektorenkonferenz seien sechs Milliarden Euro bis 2020 nötig, „in Ihrem Topf sind aber bislang nur 450 Millionen, die bis 2013 reichen sollen“. Man könne nicht so tun, als ob mit den zusätzlichen Plätzen im Fachhochschulbereich das Problem gelöst sei. Außerdem sei die Neugründung von Hochschulen die teuerste Form von Erweiterung. Mit diesen „Leuchttürmen“ verteile der Ministerpräsident kurz vor den Kommunalwahlen Wahlkampfgeschenke. Mit dem dafür eingepflanzten Geld „könnte man an den bestehenden Standorten ein Vielfaches der jetzt versprochenen 10.000 oder 11.000 Studienplätze schaffen“.

„Bildungsland“ oder „Bildungswüste“?

Geteiltes Echo auf die Benotung der NRW-Schulpolitik

Von „Bestnoten“ und „Bildungsland Nr. 1“ war die Rede, aber ebenso auch von einer „tristen Bildungswüste“: Bei der Aktuellen Stunde zum Thema Schule lagen Regierungskoalition und Opposition weit auseinander: Selbst wenn man sich in den schulpolitischen Zielen teilweise einig war, so stand doch infrage, wer sie entwickelt habe und inwiefern die heutige Praxis ihnen entspreche.

Schulausschuss. Große Schritte habe man insbesondere in der Qualitätssicherung gemacht. Hierbei sei Eltern, Schülern und Lehrern ein hohes Reformtempo zugemutet worden, dem jedoch noch weitere Schritte folgen müssten. Aber es sei richtig, das Bildungssystem auf ein neues Fundament zu setzen: individuelle Förderung ergänzt durch Bildungsgerechtigkeit.

Marlies Stotz (SPD) bewertete die vorliegende Studie ganz anders. Zum einen sei sie das Ergebnis einer „fragwürdigen“ Initiative, zum andere stelle sie ab auf die Ziele, aber eben nicht auf die aktuelle Praxis an allgemeinbildenden Schulen. Die gelobten Ziele jedoch gingen auf die Bildungspolitik von Rot-Grün zurück, und die Umsetzung würde durch ein „nach hinten gerichtetes Schulgesetz“ von der aktuellen Landesregierung „vor die Wand gefahren“, kritisierte die SPD-Politikerin. Als konkrete Beispiele hob sie dabei die ihrer Meinung nach „chaotische“ Umsetzung des Zentralabiturs sowie des „Turbo-Abiturs“ hervor. Eine „Politik der Selektion“ führe dazu, dass individuelle Förderung aufgrund mangelnder Ressourcen an den Schulen nicht stattfinde; häufig sei eben nicht das Leistungsvermögen, sondern der soziale Hintergrund eines Schülers entscheidend.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, sah in der Debatte den Versuch der Regierungskoalition, sich für eine „Fata Morgana“ zu feiern. Die aktuelle Bildungspolitik wird für

die Grünen-Fraktionsvorsitzende durch Fakten widerlegt. Zum Beispiel bewerte die vorliegende Studie die Bildungspolitik der letzten neun Jahre. Daher sei es nicht verwunderlich, so Löhrmann, dass Nordrhein-Westfalen bei Qualitätssicherung und -evaluation, bei flexibler Einschulung, bei Schulzeitverkürzung, teilzentralen Prüfungen, Kerncurricula und Kompetenzorientierung so gut abgeschnitten habe: Dies sei nämlich das Ergebnis der rot-grünen Politik, reklamierte sie die Erfolge für sich und warf im Gegenzug der von CDU und FDP geführten Landesregierung vor, das Projekt „Selbstständige Schule“ durch ein „Technokraten-Gesetz“ zu ruinieren.

Bildungsministerin Barbara Sommer (CDU) ließ sich durch die Kritik nicht in ihrer Meinung beirren: „NRW führt die Spitze an, und das besonders in den Bereichen bildungspolitische Ziele und Qualitätssicherung.“ Eckpunkte der derzeitigen Reformpolitik seien erstens die individuelle Förderung, um die Quote an Wiederholungen von Schuljahren zu senken. Damit dies gelänge, müsse zweitens das Kerngeschäft der Schulen, der Unterricht, so gestärkt werden, dass die Kernlehrpläne umgesetzt werden und zum Beispiel auch Konzepte für lernschwache Schüler entwickelt und umgesetzt werden könnten. In diesem Zusammenhang verwies die Ministerin auch auf die Reform der Lehrerbildung, die neben der fachlichen auch die pädagogische Qualifikation stärken soll. ■

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP, v.) und Bildungsministerin Barbara Sommer (CDU, h.)

Fotos: Schälte

Klaus Kaiser (CDU) stellte seinen Beitrag unter dem Leitsatz: „Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zum Bildungsland Nummer 1 in Deutschland einen deutlichen Schritt nach vorn gekommen.“ Dies bestätige der Politik-Check Schule, der der aktuellen Bildungspolitik – im Gegensatz zur Vorgängerregierung – mit zwei Einsen, zwei Zweien und einer Drei den Spitzenplatz bescheinige. Diese Studie habe sich, so der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, nach PISA an bundesweit akzeptierten Handlungs- und Qualitätstabellen orientiert. Das Lob für die individuelle Förderung, für die Reduzierung der „Sitzenbleiberquote“, für die frühere Einschulung und für die verkürzte Zeit zum Abitur zeige: „Das Land hat seine Hausaufgaben vorbildlich erledigt.“ Besondere Schwerpunkte liegen für Kaiser jetzt im Ausbau des Ganztagsangebots sowie im Projekt „eigenverantwortliche Schule“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) unterstrich, die Anstrengungen der letzten drei Jahre hätten sich gelohnt, das NRW-Schulsystem gehöre in der aktuellen Bewertung zu den Topaufsteigern. In allen relevanten Feldern der Bildungspolitik belege das Land mittlerweile einen Spitzenplatz. Diese Realität müsste doch auch die Opposition anerkennen, meinte die FDP-Sprecherin im



Klaus Kaiser (CDU)

Marlies Stotz (SPD)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Die faire Milch

... für einen gerechten Preis für unsere Bauern!

100 % Zukunft

Gut Fair



„Was ist die Milch uns wert?“

Aktuelle Stunde zum Streik der Milchbauern

Auch in nordrhein-westfälischen Supermärkten wurde die Milch wegen des Streiks der Milchbauern für einige Tage knapp. In einer Aktuellen Stunde im Landtag zeigten Abgeordnete aller vier Fraktionen Verständnis für die Forderungen der Milchbauern. Grüne und SPD hatten die Aussprache im Plenum beantragt (Drs. 14/6899 und 14/6901). Sie warfen der Landesregierung vor, sich nicht ausreichend für die Interessen der Milchbauern einzusetzen.

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) im Gespräch mit demonstrierenden Milchbauern vor dem Landtag. Foto: Schälte

Johannes Rimmel (GRÜNE) machte zum Auftakt der Aktuellen Stunde deutlich: „Es brennt in unserem Land. Die Milchbauern sind im Aufstand.“ Und dennoch, so meinte der Abgeordnete, halte sich Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) „versteckt“. Es sei eine Bankrott-Erklärung der Landesregierung, dass es keine einzige Forderung des Ministers im Streit um die Milchpreise gegeben habe. Man müsse daher den Eindruck bekommen, dass der Minister aufseiten der Großkonzerne stehe. Über die niedrigen Preise, so meinte Rimmel, wolle Uhlenberg eine Bereinigung des Milchmarktes zulasten kleiner Milchbetriebe und zugunsten der Großmolkereien erreichen. Dies passe zum Motto der Landesregierung: „Wachse oder weiche.“

Annette Watermann-Krass (SPD) schloss sich der Kritik an. „Wollen Sie dem Konflikt weiter zuschauen?“, fragte die Sozialdemokratin den Landwirtschaftsminister und verlangte, Uhlenberg müsse sich als Vermittler den Konfliktparteien anbieten. „Helfen können sich die Bauern nur selbst, bevor ihre Existenz gefährdet ist“, so der Eindruck der Abgeordneten. Der Streik der Milchbauern gebe Anlass zu der Frage, wie viel die Milch den Verbraucherinnen und Verbrauchern wert sei. Watermann-Krass zeigte sich zuversichtlich, dass die Verbraucher bereit seien, einen höheren Milchpreis zu zahlen, „wenn

diese Erhöhung direkt bei den Milchbauern ankommt.“ Für ihre Fraktion forderte sie im Plenum ein Konzept für eine nachhaltige Milchpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Friedhelm Ortgies (CDU) äußerte als Landwirt Verständnis für den Streik der Milchbauern. „Die Betriebe verdienen nichts mehr und können ihre Familien nicht mehr ernähren“, veranschaulichte er die Lage. Die Vorwürfe der Oppositionsfraktionen nannte der Christdemokrat allerdings „absurd“. Der Landwirtschaftsminister habe sich seit Beginn der Regierungszeit für die Milchbauern eingesetzt und die Rahmenbedingungen für deren Betriebe auch durch politisches Engagement in Berlin und Brüssel zu verbessern versucht. Der aktuelle Streik habe nun auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Augen für die Situation der Milchbauern geöffnet. Es sei ein Skandal, dass es niedrigste Milchpreise bei gleichzeitigen Milliardengewinnen der großen Handelskonzerne gebe.

Holger Ellerbrock (FDP) betonte, er könne die Forderungen der Milchbauern nach leistungsgerechten Preisen nachvollziehen. „Die Milchbauern sind dazu aufgerufen, den Molkereien zu zeigen, wo die Milchkanne steht“, so der Liberale. Zugleich warnte er die Landwirte jedoch davor, „den Bogen zu überspannen“ und durch allzu ausufernde Streikaktionen die Solidarität

der Verbraucher zu gefährden. Es sei „unmoralisch und unverantwortlich“, dass streikende Landwirte ihre Milch wegschütten, während in anderen Teilen der Welt Menschen hungern müssten. Dieses Bild sei vielen Verbrauchern nicht zu vermitteln. Für seine Fraktion erklärte Ellerbrock, die FDP orientiere sich in der Landwirtschaftspolitik am Leitbild eines „unternehmerischen Landwirtes“. Daher sein Aufruf an die Milchbauern: „Solidarisiert Euch, Ihr seid eigenverantwortlich handelnde Unternehmer!“

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) sagte, die aktuelle Debatte sei nicht nur für die Landwirte, sondern auch für die Verbraucher von Bedeutung. „Lebensmittel dürfen nicht zur Ramschware degradiert werden“, unterstrich der Minister. Politik könne und dürfe jedoch keinen Einfluss auf die Milchpreise nehmen. Aufgabe des Landwirtschaftsministers sei es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Landwirte ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften, und dass die Betriebe auch im europäischen Wettbewerb bestehen können. Dafür habe er sich in vielen Gesprächen mit den Landwirtschaftsministern anderer Bundesländer und dem Bundeslandwirtschaftsminister eingesetzt. Uhlenberg erklärte, die Landesregierung wolle die kleinen Molkereibetriebe erhalten. Sein Fazit: „Die Landesregierung lässt die Milcherzeuger nicht im Stich.“ ■

Telefonwerbung an die Leine gelegt

Landtag einstimmig für stärkere Rechte der Verbraucher

Telefonwerbung – wer kennt das nicht? Zum Teil seriös, mit umfassender Information und schriftlicher Bestätigung, zunehmend aber auch unlauter, als Versuch, den Kunden zu überrumpeln. Der Landtag nahm nun einstimmig einen Antrag aller Fraktionen (Drs. 14/6868) an, hier die Rechte der Verbraucher zu stärken.

Peter Kaiser (CDU) begrüßte die Umkehr der Beweislast: In Zukunft müsse der Unternehmer, in dessen Auftrag eine Telefonwerbung betrieben werde, belegen, dass er den angerufenen möglichen Kunden nicht belästigt habe. „Das ist ein großer Erfolg auf dem Weg hin zu mehr Verbraucherschutz vor unlauterer Telefonwerbung“, so der CDU-Politiker. Der Antrag solle den Schutz vor übereilten Vertragsabschlüssen am Telefon in den Mittelpunkt stellen und dementsprechend unlautere Geschäftspraktiken bekämpfen. Daher die Ausdehnung des Widerrufsrechts im Referentenentwurf, die Möglichkeit, ein Bußgeld von bis zu 50.000 € zu verhängen, das Verbot der Rufnummerunterdrückung bei einem Werbeanruf. NRW mit seinen Vorschlägen habe diesem Entwurf den entscheidenden Stempel aufgedrückt.

Svenja Schulze (SPD) berichtete, mittlerweile fühlten sich 86 Prozent der befragten Menschen durch unlautere Werbeanrufe belästigt. Die Verbraucherzentrale in NRW habe im letzten Jahr 40.000 Beschwerden registriert. Dies zeige, dass an dieser Stelle das Handeln des Gesetzgebers gefordert sei. Die SPD-Politikerin sah die Bundesregierung mit den vorgelegten Eckpunkten auf dem richtigen Weg (nachdem die Landesregierung wie auch die Verbraucherzentrale einen Teil zur Lösung beigetragen hätten). Vor allem sei wichtig, dass ein telefonisch abgeschlossener Vertrag bei Telefon, Strom und Gas anschließend noch schriftlich bestätigt werden müsse. Gerade dies bedeute einen erweiterten Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Am Ende müssten noch mehr und schließlich alle Branchen einbezogen werden.

Holger Ellerbrock (FDP) stimmte den Zielen zum Schutz der Verbraucher zu. Allerdings sei es so, dass die größte Zahl der am Telefon abgeschlossenen Verträge zur Zufriedenheit beider Vertragsparteien ab-

geschlossen werde. Richtig sei, eine Regelung zu finden, die die „schwarzen Schafe“ bestrafe und die den Verbrauchern die Möglichkeit gebe, sich die Angelegenheit noch einmal zu überlegen. Wer unlautere Telefonanrufe tätige und daraus einen Vertrag ableiten wolle, müsse sich eine schriftliche Vertragsbestätigung holen. „Dies ist eine Absicherung für die Menschen“, so der FDP-Politiker. Mit dieser schriftlichen Vertragsbestätigung gehe Nordrhein-Westfalen über die von der Bundesregierung angedachte Lösung hinaus und greife damit die gute Vorarbeit der Verbraucherzentrale auf.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sah es ebenfalls als Signalwirkung an, wenn das größte Bundesland in einem „entscheidenden“ Punkt über das hinausgehe, was die Bundesregierung bisher geplant hat: Verträge können nur dann wirksam werden, wenn ein schriftliches Einverständnis vorliegt. Damit würden gerade die Menschen geschützt, die sich – zum Beispiel aus einer gewissen Höflichkeit heraus – am Telefon schlecht wehren könnten. Rimmel wies darauf hin, dass die Initiative zur anstehenden parlamentarischen Beschlussfassung von den Grünen ausgegangen sei. Die Telefonwerbung sei eine „Plage“, über die in der Bevölkerung breit diskutiert werde. Daher sei es richtig, dass der Gesetzgeber die notwendigen Rahmenbedingungen setze.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) unterstrich, im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb seien die detaillierten Spielregeln für einen fairen und lautereren Wettbewerb festgelegt. Dies sei die Grundlage für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Der Minister beklagte, dass es einigen „schwarzen Schafen des Direktmarketings“ mittlerweile gelungen sei, eine ganze Branche in Verruf zu bringen. „Auf der Basis unseriöser und ungesetzlicher Werbemethoden lassen sich kein Verbrauchervertrauen und keine langfristigen Kundenbeziehungen aufbauen“, so der Minister. Der jetzt anstehende Parlamentsbeschluss bestätige die Haltung der Landesregierung und setze ein politisches Zeichen auch in Richtung Bundesregierung und Bundesrat. NRW habe in dieser Frage den Vorsitz in einer Projektgruppe übernommen und treibe die Stellungnahme zum Referentenentwurf der Bundesregierung voran. ■

Gegen heimliche Überwachung

Landtag erörtert Gefahren und Nutzen der elektronischen Ortung

Sie wollen ihren Ehepartner, ihren Mitarbeiter oder ein Firmenfahrzeug orten und überwachen lassen? Technisch heute kein Problem, lassen viele Anbieter im Internet wissen. Die geografische „Handyortung“ ermöglicht es, den Standort eines Handynutzers ausfindig zu machen. Dass und wie man sinnvolle Anwendungen von missbräuchlicher Nutzung trennen kann, darüber debattierte der Landtag in Düsseldorf auf Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/6847).

Peter Biesenbach (CDU) prangerte die Möglichkeit der missbräuchlichen Überwachung einer Vielzahl von Mobiltelefonen an, die derzeit im Internet angeboten würde (es gebe einige Zehntausend entsprechender Angebote). Eine Lokalisierung könne in bestimmten Fällen sinnvoll sein; zum Beispiel dann, wenn es darum gehe, behinderte Menschen in Notsituationen aufzufinden. Dies müsse aber mit Wissen des

würden von der heimlichen Kontrolle zum Beispiel von Ehepartnern, Mitarbeitern oder Firmenfahrzeugen. So dürfe man mit den Daten von Arbeitnehmern nicht umgehen, sagte der FDP-Politiker. Ein erster wichtiger Schritt sei daher die Feststellung der Identität des Auftraggebers einer „Handyortung“; dies gelte sowohl im Blick auf den Vertragsinhaber als auch den tatsächlichen Nutzer eines bestimmten Handys.

Monika Düker (GRÜNE) schloss sich der Forderung nach einer umfassenderen Regelung an, die eben auch andere Geräte mit Satellitentechnik einschließe. Auch wenn die Abgeordnete die Ziele des Antrags begrüßte, so kritisierte sie, dass aus ihrer Sicht deren Umsetzung unklar blieb: Solle dies auf Landesebene oder durch auf Bundesebene geschehen? Solle das Telekommunikationsgesetz oder das Datenschutzgesetz geändert werden? Es müsse konkret gesagt werden, wozu es denn einer Initiative des Bundesrats bedürfe. Angesichts des abgelehnten Antrags von SPD und Grünen zum Arbeitnehmerdatenschutzgesetz messen für die

Fotos: Schälte



Peter Biesenbach (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Gerd Stüttgen (SPD)

Monika Düker (GRÜNE)

Betroffenen geschehen. Die Trennung zwischen nützlicher und schädlicher Anwendung der Handyortung solle über eine Bundesratsinitiative erreicht werden. Derzeit sei es eben so, dass ein Mobiltelefonnutzer nicht erfahre, ob und durch wen er gerade geortet werde. Die Möglichkeit, dies zu beauftragen, sei derzeit sanktionslos, so der CDU-Politiker. Es gebe keine passende Strafvorschrift, auch nicht den Straftatbestand der Wiedergabe geheimer Daten, da der Absender ja nicht ermittelt werden könne.

Dr. Robert Orth (FDP) kritisierte ebenfalls, es dürfe nicht sein, dass Menschen heimlich an eine „elektronische Hundeleine“ gelegt würden; die Bürger- und Freiheitsrechte der Handynutzer müssten gewahrt bleiben. Dies sei dann der Fall, wenn sinnvolle Anwendungen – zum Beispiel das Wiederfinden gestohlener Handys oder die Ortung von Kindern – unterschieden

Gerd Stüttgen (SPD) begrüßte einerseits die vorliegende Initiative, bedauerte aber, dass die vor einiger Zeit eingebrachte Vorlage zur Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes von den Koalitionsparteien abgelehnt worden sei. Der jetzige Antrag orientiere sich an Forderungen der Datenschutzbeauftragten, nach denen auf einem georteten Handy eine Information auftauche, dass es gerade überwacht werde. Damit werde die unbemerkte Kontrolle von Ehepartnern oder Arbeitnehmern unmöglich. Der SPD-Politiker unterstützte ebenfalls die Vorgehensweise einiger Anbieter, nur „Notrufortungen“ zu ermöglichen. Letztendlich müsse man bundesweit die sinnvollen Möglichkeiten wie die Ortung nach einem Unfall ermöglichen und den Missbrauch mit Mitteln des Strafrechts verhindern. Gleiches solle laut Stüttgen dann aber nicht nur für Handys, sondern auch für andere Geräte wie mobile Navigationsgeräte gelten.

Grünen-Politikerin die Koalitionsfraktionen im Bereich der Überwachung mit zweierlei Maß.

Familienminister Armin Laschet (CDU) erklärte stellvertretend für Medienminister Krautscheid, auch die Landesregierung unterstütze die Möglichkeit, die sinnvollen Anwendungen der modernen Technik von den „unerwünschten Risiken und Nebenwirkungen“ zu unterscheiden. Durch den vorliegenden Antrag würden die Rechte von Mobilfunkteilnehmern gestärkt; daher habe er die Unterstützung der Landesregierung. Auch die vorgeschlagenen Wege (unter anderem Benachrichtigungs-SMS) hielt der Minister für richtig. Um die Schutzvorkehrungen und Sanktionsmöglichkeiten weiter zu verbessern, habe die Landesregierung bereits erste Gespräche mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie sowie der Bundesnetzagentur für Telekommunikation geführt. ■

Matheprüfung mit Ecken und Kanten

Fraktionen streiten über schwierige Aufgabe im Zentralabitur

Mit einer Aufgabe im Prüfungsfach Mathematik ist das Zentralabitur 2008 in die Kritik geraten. Schüler bemängelten, die Aufgabe zur Berechnung eines achtseitigen Körpers sei zu umfangreich und zu anspruchsvoll für das Grundkursniveau gewesen. Die Grünen schlossen sich dieser Kritik mit einem Antrag (14/6861) im Plenum an. Sie forderten die Landesregierung auf, die Konzeption des Zentralabiturs zu überarbeiten. Der Antrag wurde an den Schulausschuss überwiesen. Inzwischen hat das Schulministerium angekündigt, betroffenen Schülern freiwillige Nachprüfungen zu ermöglichen.

Sigrid Beer (GRÜNE) meinte, es müsse Schluss damit sein, die Verantwortung für die Fehler im Zentralabitur auf die Lehrer abzuschieben. Schulministerin Barbara Sommer müsse Fehler eingestehen. „Wenn es richtig ist, dass die Ministerin über Nachprüfungen nachdenkt, dann ist das genau das Signal, das Schüler in diesem Land brauchen“, so die Abgeordnete. Sie rief die Ministerin auf, schnellstmöglich für Aufklärung zu sorgen: „Es geht um die Studienchancen der Schüler.“ Beer befürchtete, „die problematischen Erfahrungen mit dem schwarz-gelben Zentralstress“ würden dazu führen, „dass die Lehrkräfte noch viel mehr als früher auf die Einheitslektüre und die Einheitsvorbereitung drängen.“ Sie hoffe, dass eine sachliche Erörterung im Schulausschuss des Landtags zu einem besseren Zentralabitur führen werde.

Marc Ratajczak (CDU) erklärte: „Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut.“ Das Zentralabitur habe erst seinen zweiten Durchlauf in Nordrhein-Westfalen erlebt. „Die Tinte auf dem Klausurpapier ist noch nicht trocken und schon stehen die Dauernörgler und Berufspessimisten der Opposition vor der Tür“, so sein Eindruck.

Der Christdemokrat betonte, die Landesregierung habe das Zentralabitur mit Erfolg eingeführt. Die Abituraufgaben seien von Fachlehrern erarbeitet und in zahlreichen Schritten auf Schlüssigkeit und Machbarkeit überprüft worden. Bislang gebe es keine Hinweise darauf, dass überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler schlecht abgeschnitten hätten. „Es gibt nach unserer Ansicht demnach keinen Grund, das Zentralabitur neu zu justieren“, fasste Ratajczak zusammen.

Renate Hendricks (SPD) kritisierte das „Pech- und-Pannen-Abitur 2008“. Es könne nicht sein, dass in Teilen 50 Prozent eines gesamten Abiturjahrgangs in die Nachprüfung müssten. „Das ist nicht mehr normal“, meinte die Sozialdemokratin. Die „Oktaeder-Aufgabe“ im Fach Mathematik sei zwar theoretisch lösbar gewesen. Jedoch hätten Lehrer bestätigt, „dass sie im Abitur normalerweise dreidimensionale Aufgaben nicht vorlegen, weil sie wissen, dass sich Jugendliche damit ausgesprochen schwertun“. Nun gelte es, kurzfristig das Chaos zu beenden. „Abiturienten dürfen nicht die Nachteile, die durch problematische oder falsche Aufgabenstellungen entstanden sind, ausbaden“, so

Hendricks. An die Ministerin richtete sie die Worte: „Die Zeit von Beschwichtigungen und Ausweichmanövern ist vorbei.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) nannte die Kritik der Grünen „billig, peinlich und unangemessen“, da diese sich auf keine belegbaren Zahlen und Statistiken berufen könnten. „Worüber Sie hier reden, sind reine Spekulationen, vereinzelte Rückmeldungen und eine Stimmungsmache von interessierten Kreisen“, warf die Liberale den Oppositionsfraktionen vor. Sie wolle die repräsentativen Auswertungen des Zentralabiturs abwarten, um dann in der Sache Stellung nehmen zu können. Im Jahr 2003 – vor der Einführung des Zentralabiturs – habe es 11,1 Prozent Abweichungen in der Abiturprüfung an Gymnasien und 17 Prozent an Gesamtschulen gegeben. „Ich bin sehr gespannt, ob die Abweichungen im Zentralabitur an die Marke von 2003 herankommen“, sagte Pieper-von Heiden.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) entgegnete auf die Kritik der Oppositionsfraktionen: „Sie brüten auf ungelegten Eiern. Bis heute liegen keine Ergebnisse des Zentralabiturs vor.“ Der Antrag der Grünen sei daher „eine bunte Zusammenstellung von falschen Behauptungen und eingeschränkten Wahrnehmungen.“ Wie die Ministerin ausführte, hätten die Aufgaben des Zentralabiturs den Lehrplänen entsprochen. Dies sei auch von vielen Schülerinnen und Schülern so empfunden worden. Sommer erklärte weiter, Nachprüfungen im Abitur habe es schon immer gegeben. „Alle Mütter und Väter hier im Saal, die Kinder haben, die Abitur gemacht haben, wissen das“, gab die Ministerin zu Protokoll. Die Schulen seien nun dazu aufgerufen, eine genaue Analyse der Aufgaben des Zentralabiturs vorzunehmen. ■



Hoher Besuch ...

... und die schreckliche Erinnerung an einen Genozid: Die Frau des Ministerpräsidenten der Ukraine, Kateryna Yushchenko – hier bei ihrem Eintrag in das Gästebuch des Landtags – hat in der Wandethalle zum 75. Jahrestag des Holodomor eine Ausstellung eröffnet. In bewegenden Bildern wird die vom sowjetischen Diktator Stalin verursachte Hungersnot der Jahre 1932 und 1933 geschildert, der in der Ukraine etwa siebeneinhalb Millionen Menschen zum Opfer fielen. Landtagspräsidentin Regina van Dinter betonte, das vergangene Jahrhundert habe gelehrt, wie falsch es sei wegzuschauen. Die Bilder enthielten die Mahnung: „Nie wieder dürfen wir zulassen, dass sich ein derartiges Verbrechen wiederholt.“ Der Landtag nehme die Ausstellung zum Anlass, freundschaftliche Beziehungen zu weiteren Ländern in Europa aufzubauen, fügte sie hinzu.

Foto: Schälte

Rauchverbot ohne „Wenn und Aber“

Auch für Kneipen mit Entlüftungsanlagen keine Ausnahme

Rauchen fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu

In wenigen Tagen tritt das nordrhein-westfälische Nichtraucherschutzgesetz auch in Gaststätten in Kraft. „Ohne Wenn und Aber“, nachdem es kurzzeitig so ausgesehen hatte, als würde über eine „Innovationsklausel“ unter bestimmten Bedingungen blauer Dunst in Eckkneipen weiterhin möglich sein. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung stellte die SPD-Fraktion ihren Antrag „Nichtraucherschutz in NRW darf nicht ausgehöhlt werden – Landesregierung muss endlich Farbe bekennen“ (Drs. 14/6867). Der Antrag wurde mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt; die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung.

Ulla Meurer (SPD) berief sich auf Artikel 2 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Deswegen nannte die Abgeordnete den von der CDU/FDP-Regierungscoalition eingebrachten Modellversuch für die Erprobung von Absauganlagen in Ein-Raum-Kneipen „unverantwortlich“ und „unvereinbar“ mit dem Grundgesetz-Artikel. Die nichtrauchenden Kneipenbesucher, so die Gesundheitsexpertin der Sozialdemokraten, „wissen bei dem Experiment nicht, ob sie wirklich vor den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens geschützt sind, und die Wirte können nicht sicher sein, ob die eingebauten teuren Anlagen in einigen Monaten überhaupt noch zulässig sind.“

Hubert Kleff (CDU) bezeichnete den Antrag der SPD-Fraktion als überflüssig und fragte zurück: „Was haben Sie eigentlich für den Schutz der Nichtraucher in NRW getan?“ Kleff stellte fest, dass

es bislang in der Geschichte Nordrhein-Westfalens „noch nie einen so umfassenden Schutz“ gegeben habe wie unter der schwarz-gelben Landesregierung. „Der Nichtraucherschutz in den Gaststätten unseres Landes tritt wie vom Landtag beschlossen – ohne Wenn und Aber – am 1. Juli 2008 in Kraft“, so der Christdemokrat. In Sachen Innovationsklausel sprach sich Kleff dafür aus, das Ministerium möge untersuchen, inwieweit diese per Rechtsordnung in die Praxis umgesetzt werden kann.

Dr. Stefan Romberg (FDP) wies darauf hin, dass die Innovationsklausel etwa die Möglichkeit schaffe, „gegen die Diskriminierung von Rauchern sowie Gastronomen“ – die durch das Rauchverbot in ihrer Existenz bedroht seien – vorzugehen. Das SPD-Vorhaben verurteilte der FDP-Abgeordnete nicht nur als „intolerant“,

sondern er warf den Sozialdemokraten auch vor, mit ihrer Kritik drastisch übers Ziel hinausgeschossen zu sein. Mit Nachdruck machte Romberg darauf aufmerksam, dass NRW „ein lebensnahes Gesetz“ geschaffen und demzufolge das beschlossene Rauchverbot unstrittig sei. Abschließend gab er zu Protokoll: „Wem das alles nicht passt, der soll sich für ein generelles Rauchverbot einsetzen.“

Fotos: Schälte

Barbara Steffens (GRÜNE) war mit den Argumenten ihres Vorredners keineswegs einverstanden. „Das Gesetz hat mehr Löcher als der Schweizer Käse“, so die Vizefraktionschefin der Grünen. Im Gegensatz zu dem FDP-Abgeordneten forderte sie ein umfassendes Raucherschutzgesetz und begründete ihren Appell folgendermaßen: „Stellen Sie sich vor, ein Trinker könnte mit seiner Flasche herumlaufen und jedem seinen Schnaps in den Orangensaft kippen. Genauso ist das mit dem Rauch.“ Die Abgeordnete stellte die der Innovationsklausel zugrunde liegende Idee einer Dunstabzugshaube als „Experiment und daher als grob fahrlässig“ dar: „So ein Blödsinn kommt nicht in unsere Kneipen.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) stellte mit aller Deutlichkeit klar, dass es bislang „keinerlei Anweisungen an die Ordnungsämter gegeben hat, Verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz nicht mit Bußgeldern“ zu sanktionieren. Allerdings wies der Gesundheitsminister darauf hin, dass „eine regelmäßige, lückenlose Überwachung im Gesetz nicht vorgesehen“ sei, sodass sich künftig Kontrollen insbesondere aufgrund von Beschwerden ergeben werden. Im Hinblick auf die Fragen, die sich mit der Umsetzung des Gesetzes für Nichtraucher bzw. Raucher sowie Gaststätteninhaber und Behörden ergeben, seien Informationsveranstaltungen, die Errichtung eines Call-Centers und darüber hinaus auch Broschüren in Planung. ■



1. Jugend-Landtag Nordrhein-We



Meine liebsten Leitsprüche sind: „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst“ von J.F. Kennedy und von Bertolt Brecht: „Wer kämpft, kann verlieren. Der nicht kämpft, hat schon verloren.“ Ich hoffe, dass auch wir Mitglieder im Jugend-Landtag einiges bewegen können, die Veranstaltung ein großer Erfolg und zur Dauer-einrichtung für Jugendliche wird.

Katharina Pfennings, 16, Duisburg



Ich erhoffe mir eine gute Zeit mit vielen angeregten Diskussionen und Spaß zusammen mit den anderen Jugendabgeordneten.

Marcel Springer, 16, Hagen



Während meines Praktikums in der Verwaltung des Landtags im Januar 2008 habe ich festgestellt, dass ich mich sehr für die wirtschaftliche und politische Arbeit interessiere und später auch einmal in der Politik oder freien Wirtschaft arbeiten möchte.

Torben Kief, 17, Münster

Politik praktisch erfahren

Zum ersten Mal: 187 Jugendliche debattieren im Düsseldorfer Parlament

Von wegen Politikverdrossenheit: Ständig flitzen E-Mails zwischen Jugendlichen und dem neuen Bereich „Jugend und Parlament“ im Landtag hin und her, die das Gegenteil beweisen. Viele hoffen, noch auf die Reserveliste des Jugend-Landtags zu kommen. Alle unterstreichen ihr Interesse an Politik: „Ich möchte parlamentarische Arbeit hautnah erleben und etwas Sinnvolles tun“, ist dort etwa zu lesen. Um dies zu erreichen, werden die von den Abgeordneten benannten Jugendlichen Fraktionen und Arbeits-



Ich finde, dass der politische Dialog mit der Jugend sehr wichtig ist, und hoffe, dass die von uns beratenen Anträge auch tatsächlich von der Landespolitik behandelt werden.

Thomas Philippen, 19, Eschweiler



Ich denke, alle, die sich angemeldet haben und genommen wurden, sind mit Teilen der jetzigen Politik unzufrieden. Wir haben wir uns entschieden, daran aktiv etwas zu verändern.

Melissa Neubacher, 16, Ennepetal

Ich bin dabei, weil ich nicht nur über Probleme meckern, sondern selbst etwas verändern will. Am meisten erhoffe ich mir neue Kontakte zu anderen politikinteressierten Jugendlichen.

Marc Meierkord, 17, Kalletal



In den Medien ist Landespolitik ja nicht immer so präsent wie Bundes- oder Europapolitik, sodass ich besonders gespannt bin. Außerdem interessieren mich die konkreten Kompetenzen des Landtags.

Benjamin Fadavian, 18, Aachen



Ich sehe den Jugend-Landtag als eine Chance für Jugendliche an, sich mehr in die Politik einzubringen und dafür zu begeistern. **Miriam Skroblies, 17, Haan**



Ich interessiere mich für Politik und das Zeitgeschehen. Außerdem sehe ich das Projekt auch als Entscheidungshilfe für meinen zukünftigen Berufsweg an, da ich mit dem Gedanken spiele, Politik zu studieren bzw. irgendwann selbst in die Politik einzusteigen.

Christian Kroll, 18, Herzebrock-Clarholz



Jugend im Landtag erwünscht

Landtagspräsidentin Regina van Dinther über den ersten Jugend-Landtag NRW

Sie haben einen neuen Schwerpunkt Jugend und Parlament eingerichtet. Warum?

van Dinther: Wir haben festgestellt, dass die Besuchergruppen im Landtag zunehmend weißhaarig sind. Parallel haben wir gemerkt, wie wenig die meisten Jugendlichen über Landespolitik wissen. Beides möchten wir ändern. Deshalb besuchen wir Schulen, verbessern unser Broschüren- und Internetangebot für Kinder und Jugendliche und laden nun zum ersten Jugend-Landtag ein.

Welches Ziel hat der Jugend-Landtag?

Verständnis entwickelt man am ehesten, wenn man etwas selber macht. Praktische Politik: Der Jugend-Landtag ist eine tolle Möglichkeit, mal hinter die Kulissen zu schauen und mitzureden. Da wir einen lebendigen Landtag möchten, erhoffen wir uns auch neue Impulse von den Jugendlichen für unsere eigene Abgeordnetentätigkeit.

Was genau sollen die Jugendlichen dabei lernen?

Sie werden merken, wie schwer es ist, Kompromisse zu finden. Man braucht viel Geduld, Fleiß und ein dickes Fell. Rhetorisches Können ist ebenfalls gefragt. Eine Sitzung kann lang werden – aber da wir politisch interessierte Jugendliche beim Jugend-Landtag haben, wird ihnen die Gremienarbeit auch Spaß machen. Neulich hatten wir sogar eine 11-Jährige hier, die gesagt hat, sie möchte Politikerin werden. Ich hoffe, dass wir durch unser neues Jugendangebot mehr solcher Jugendlicher finden!



Ich hab mich beworben, um einmal interne Abläufe in der Politik direkt vor Ort miterleben zu können. Ich freue mich sehr darauf, neue Erfahrungen sammeln zu können und nette neue Leute, die mein Interesse teilen, kennen zu lernen.

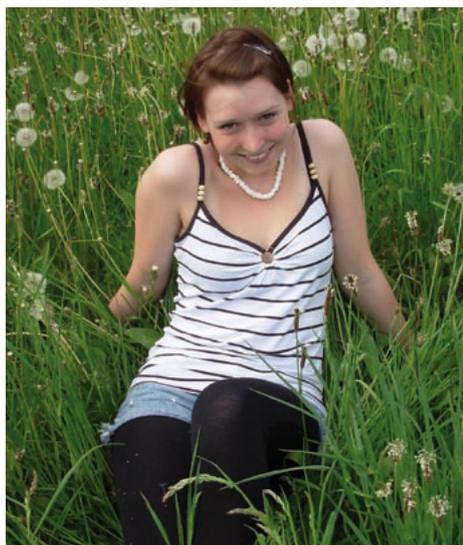
Hannah Faust, 18, Solingen

kreise bilden, Ausschusssitzungen organisieren und abschließend Plenarbeschlüsse fassen. Die beiden Themen („Wirtschaftliches Werbeverbot an Schulen aufheben?“ und „Jugendparlamente verpflichtend einführen?“) wurden gemeinsam mit Studenten der Universität Duisburg/Essen ausgewählt. Um die Beratungen möglichst realitätsgetreu zu gestalten, wurden für den 22. bis 24.6.2008 auch Sachverständige eingeladen: unter anderem der Landesjugendring, die Verbraucherzentrale, die Gewerkschaft GEW sowie branchennahe Fir-

men. Damit die Jugendlichen nicht nur für ihr politisches, sondern auch für ihr soziales Engagement Anregungen erhalten, wird es während des Jugend-Landtags außerdem einen „Markt der Möglichkeiten“ geben. Auf diesem stellen sich neben den vier Jugendorganisationen der Parteien auch überparteiliche Jugendverbände sowie Stiftungen vor (darunter die Stiftung Mercator, welche die Veranstaltung finanziell unterstützt). Viele Anregungen, wenig Schlaf wird es wohl für die Jugendlichen „Abgeordneten“ geben. **DD**



Mir macht Politik generell Spaß. Der Jugend-Landtag bietet nun die Gelegenheit, weitere Erfahrungen zu sammeln und sie zu vertiefen. **Sarah Maria Röser, 16, Bg.-Gladbach**



Ich engagiere mich schon in meiner eigenen Stadt, der kleinen Politik, mit dem Kinder- und Jugendparlament. Ich erhoffe mir eine ganz tolle Zeit mit vielen netten Menschen, die dasselbe Interesse an Politik haben wie ich. **Sarah Rojewski, 16, Wermelskirchen**



Rummeckern kann jeder, Politik konstruktiv mitgestalten ist gefragt. Deswegen will ich mich beim Jugend-Landtag einbringen.

Niklas Seggewiß, 18, Rheda-Wiedenbrück

„Die jungen Leute motivieren“

Interviews mit den jugendpolitischen Sprechern zum Jugend-Landtag

Zum 1. Jugend-Landtag kommen junge Bürgerinnen und Bürger aus ganz Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Landesparlament zusammen. Dort nehmen sie auf den Stühlen der Abgeordneten Platz, um selbst über für sie wichtige Themen zu debattieren und zu entscheiden. So können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die parlamentarische Arbeit unmittelbar erleben und sich im Plenarsaal direkt für ihre Interessen engagieren. Wie wichtig die politische Teilhabe von Jugendlichen für die Parteienlandschaft und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen ist, das fragte „Landtag intern“ die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen, Marie-Theres Kastner (CDU), Wolfgang Jörg (SPD), Christian Lindner (FDP) und Andrea Asch (GRÜNE).

Das Durchschnittsalter der Landtagsabgeordneten beträgt rund 52 Jahre. Ein Grund mehr, das Interesse junger Menschen an parlamentarischer Arbeit zu wecken?

Kastner: Das würde ich unterstreichen. Doch mir persönlich ist zugleich wichtig, dass jemand, der in einem Parlament sitzt, auch weiß, wovon er redet. Ein Parlamentarier muss zuvor Erfahrungen an der Basis gesammelt haben, und er muss einen beruflichen Hintergrund besitzen, um nicht abhängig von seinem Abgeordnetenmandat zu sein. Die politischen Entscheidungen werden besser, wenn man selber einen Beruf hat, in den man zurückkehren kann.

Jörg: Das Alter als solches wird sicherlich nicht politisches Interesse von Jugendlichen

auslösen. Aber es ist natürlich eine Herausforderung für die Parteien, Jugendliche in die Parlamente zu holen.

Lindner: Zum einen können die Abgeordneten vom Austausch mit Jugendlichen profitieren, weil sie Probleme in unserer Gesellschaft anders sehen als etablierte Politiker, und weil sie aus einer anderen Generation kommen. Zum anderen kann ein Kennenlernen des parlamentarischen Arbeitens einen so wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten, dass Jugendliche sich eher motiviert fühlen, selbst Partei für ihre Interessen zu ergreifen.

Asch: Das Durchschnittsalter kann natürlich nicht der einzige Grund sein. Wir müssen tatsächlich sehr viel mehr dafür tun, dass sich junge Leute für Politik interessieren, dass sie sich engagieren und in die politischen Ämter hineingehen – sei es in der Kommunalpolitik oder in der parlamentarischen Arbeit auf Landesebene. Es ist gut und wichtig, dass die verschiedenen Lebensphasen durch Abgeordnete abgebildet werden. Jede Lebensphase hat ihre speziellen Sichtweisen und Probleme, und deshalb müssen auch junge Leute in den Parlamenten mitarbeiten. Ebenso gehören natürlich auch ältere Leute dazu, weil durch den demographischen Wandel verstärkt gesellschaftliche Probleme auf uns zukommen. Ich halte daher einen guten Mix für angebracht.

Junge Leute sollen, das ist Konsens, früh an Verantwortung und Mitgestaltung in der Politik herangeführt werden. Also: Wann kommt in NRW das Wahlrecht ab 16?

Kastner: Wenn es nach der CDU geht, dann kommt das Wahlrecht ab 16 nicht. Statistiken zeigen: Je älter die Menschen werden, desto größer werden ihre Wahlaktivitäten. Das Interesse mit 16 ist auf andere Dinge gerichtet, wie zum Beispiel den Führerschein. Es gibt viele Wege, wie man Jugendliche an politische Mitwirkung heranführen kann, zum Beispiel über Jugendparlamente, auch über die Mitwirkung in Bezirksvertretungen, Schulgremien und berufsständischen Vereinigungen. Ich habe nicht den Eindruck, dass es von besonderem Gewinn ist, wenn man schon mit 16 seine Stimme abgeben kann. Schon in den Stadtparlamentswahlen hat sich gezeigt, dass die 16-Jährigen von ihrem Wahlrecht nicht in der erhofften Weise Gebrauch machen.

Jörg: Diese Forderung haben wir als Partei auch per Antrag ins Parlament eingebracht. Das ist ein Schritt, um Jugendliche früher an Verantwortung gegenüber unserem Land zu binden. Aber ich finde, man darf Jugendlichen nicht zu viel zumuten. Mit 16, 17 Jahren passieren ganz viele wichtige Dinge im Leben, die für die Jugendlichen noch wichtiger sind als Politik: die erste Freundin, der erste Freund, vielleicht das erste Moped, Ausbildung und Schule. Jungen Menschen dann abzuverlangen, dass sie sich umfangreich für politische Interessen einzusetzen haben, ist etwas viel. Keine Frage: Ich



Wolfgang Jörg (SPD)



Marie-Theres Kastner (CDU)

Interview

freue mich über jeden Jugendlichen, der zu uns kommt. Aber ich verstehe auch jeden, der sagt: Erstmal muss ich mein Leben so sortieren, dass ich die Kapazitäten habe, mich politisch einzubringen. Hinzu kommt: Wer früh in ein Parlament einzieht, dessen Leben verändert sich auf dramatische Art und Weise. Es gibt dann die Situation, dass man keine Sicherheit in der Lebensplanung mehr hat, weil man dieses Amt immer nur für fünf Jahre bekommt und sich dann erneut stellen muss.

Lindner: Der Jugend-Landtag zeigt, dass das Wahlrecht ab 16 eben nicht das einzige Instrument ist, um Jugendliche auch für die Landespolitik zu gewinnen. In der Kommune haben wir das Wahlrecht ab 16, weil Jugendliche die örtliche Situation überblicken können. Im Land haben wir es nicht, und bezeichnenderweise hat ein Großteil der Jugendlichen bei einer der letzten Shell-Jugendstudien gesagt, dass sie dieses auf Landes- und Bundesebene für keine gute Idee halten. Besser ist es also, Projekte wie den Jugend-Landtag weiterzuentwickeln.

Fotos: Schälte



Christian Lindner (FDP)

Asch: Wenn es nach uns Grünen ginge, käme es sofort. Wir haben das im Landtag schon mehrfach beantragt. Wir sind Befürworter des Wahlalters ab 16, weil wir sehen, dass andere Länder es uns vormachen. So können zum Beispiel Jugendliche in Österreich schon ab 16 Jahren an den Wahlen zum nationalen Parlament teilnehmen. Wir halten es für absolut notwendig, dass auch hier auf Landesebene ab 16 Jahren gewählt werden darf. Wenn wir fordern, dass sich junge Menschen als mündige Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie beteiligen, dann müssen wir ihnen auch entsprechende Beteiligungsrechte geben. Das Wahlrecht ab 16 ist ein ganz wesentliches.

Früher gab es die „Frauenquote“. Brauchen wir jetzt so etwas wie eine „Jugendquote“ für die Parteien?

Kastner: Ich habe nie zu den Verfechtern dieser Quoten gehört. Eine Partei muss sich Gedanken darüber machen, dass sie mit ihren Abgeordneten das gesamte Spektrum der Bevölkerung vertritt. Und wenn eine Partei das nicht schafft, muss sie umsteuern. Unsere jungen Leute haben in allen Parteien ihre Vertretungen, genauso wie mittlerweile die Seniorinnen und Senioren. Ich kenne dieses Miteinander in den Landesvorständen. Der Grundsatz der Gesamtbeteiligung aller Gruppen sollte bei der Aufstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt werden.

Jörg: Ich halte viel von einem Mehrheitsprinzip. Und dieses Mehrheitsprinzip ist nicht umsonst der Kern unserer Demokratie. Wir haben als Partei in der Frage der Frauenquote eine Ausnahme gemacht. Da haben wir das Gleichheitsprinzip über das Mehrheitsprinzip gesetzt. Dabei sollte es bleiben, denn ansonsten zerschneiden wir unsere gesamte Partei in Gruppen. Dann hat man das Mehrheitsprinzip aufgegeben, und das dürfen wir als Demokraten nicht verlassen.



Andrea Asch (GRÜNE)

Lindner: Ich bin sehr im Zweifel, ob Quoten generell das richtige Instrument sind. Mindestens bei der Jugendquote melde ich Bedenken an. Die Parteien sind demokratisch organisiert. Jeder hat die Möglichkeit, dort für seine Anliegen zu werben. Ich kenne keine Partei, die einen engagierten, qualifizierten, sympathischen Jugendlichen nicht gerne aufgenommen und ihm nicht gerne Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet hätte. Insofern liegt es beim einzelnen, für seine Person und seine Positionen in den Parteien Mehrheiten zu organisieren. Und das gelingt – auch hier im Landtag, wo es ja trotz des hohen Durchschnittsalters eine ganze Reihe von jüngeren Kollegen unter 40 Jahren gibt.

Asch: Ich würde in dieser Frage nicht mit Quoten arbeiten. Wir haben als Grüne so eine Quote nicht. Und trotzdem gelingt es uns immer wieder, qualifizierte, junge Leute zu motivieren, sie für die Parlamente und die Kandidaturen zu gewinnen und sie auf aussichtsreiche Listenplätze zu bringen. Bestes Beispiel ist Anna Lührmann, die mit 19 Jahren als jüngste Abgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen konnte.

Die Interviews führten Jürgen Knepper, Christoph Weißkirchen und Sebastian Wuwer.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 23. Juni 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Der Verkauf von 93.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an den Immobilienfonds Whitehall der US-Investmentbank Goldman Sachs stieß im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) auf geteilte Reaktionen. Während die Abgeordneten der Regierungsfractionen von CDU und FDP den Verkauf begrüßten, kritisierten die Abgeordneten von SPD und Grünen die Entscheidung der Landesregierung. Bauminister Oliver Wittke (CDU) erklärte, der Verkauf der LEG setze in Deutschland neue Maßstäbe, was den Schutz von Mietern betreffe. Dies sei der aufgestellten Sozialcharta zu verdanken, die den Mietern der LEG-Wohnungen umfangreiche Rechte gegenüber dem Käufer garantiere. Abgeordnete der Oppositionsfractionen, wie der wohnungspolitische Sprecher der SPD, Dieter Hilser, äußerten dagegen die Befürchtung, durch den Verkauf an Whitehall würden sich die Mietbedingungen verschlechtern. So seien in Berlin, wo Whitehall ebenfalls Immobilien besitzt, die Mieten in drei Jahren um 13 Prozent gestiegen. „Dies ist ein Vorgeschmack auf das, was in Nordrhein-Westfalen passieren wird“, meinte Hilser.

+++

Wie Bürgerinnen und Bürger die Folgen der Globalisierung durch ehrenamtliches Engagement gestalten können, darüber informierten sich die Abgeordneten im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU). Als Gäste im Ausschuss berichteten Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW) und Ladislav Ceci (Eine Welt Forum Düsseldorf) den Parlamentariern über die Arbeit ihrer Initiativen. Dabei machten sie deutlich, dass die kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Effekte der Globalisierung insbesondere auf kommunaler Ebene noch stärker

vermittelt werden müssen. Anlass für die Informationen im Ausschuss bot ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen (Drs. 14/6673), in dem diese sich dafür aussprechen, die weltweit vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen zu unterstützen. So soll auch der Landtag dazu beitragen, „die Chancen der Globalisierung für die weltweite Verbreitung von Freiheit, Menschenrechten, sozialer Marktwirtschaft und Demokratie zu nutzen.“

+++

Die über Wochen verzögerte Bearbeitung von Beihilfeanträgen soll endgültig der Vergangenheit angehören. Im **Unterausschuss „Personal“** (Vorsitz Martin Börschel, SPD) teilte die Landesregierung mit, als Sofortmaßnahme würden 30 Beschäftigte einer Zeitarbeitsfirma als Aushilfen eingesetzt. Außerdem werde ein Call-Center beauftragt, um die Sachbearbeiter des Landesamts für

Illustration: Peter Flock



Für eine kontroverse Diskussion sorgten im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) die steigenden Weltmarktpreise für Steinkohle. Die Abgeordneten waren unterschiedlicher Meinung darüber, inwieweit sich die aktuelle Preisentwicklung auf die staatlich subventionierte Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen auswirkt. Der Sozialdemokrat Norbert Römer hob hervor, dass der Preis für Steinkohle in einem Jahr um das Dreifache angestiegen sei. Römer zeigte sich sicher, dass ein weiterhin steigender Kohlepreis eine neue Diskussionsgrundlage dafür schaffe, den Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen fortzuführen. Dagegen sahen die Abgeordneten der Regierungsfractionen keinen Anlass, aufgrund der aktuellen Preisentwicklung den beschlossenen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau neu zu überdenken. Der Christdemokrat Christian Weisbrich wies im Ausschuss darauf hin, dass der Preisanstieg für Steinkohle keine positiven Effekte auf die wirtschaftliche Situation der noch betriebenen Zechen mit sich bringe. Diese Meinung vertrat auch Energieministerin Christa Thoben (CDU). Der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen bleibe weiterhin ein Subventionsfall.

+++

Der Korruptions- und Untreueverdacht gegen einen ehemaligen Abteilungsleiter im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) beschäftigte den **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU). Dr. Alexander Schink, seit 2005 Staatssekretär im Ministerium, beantwortete auf Antrag der Grünen zahlreiche Fragen zu den Vorwürfen. Nach Medienberichten solle ein Abteilungsleiter zwischen 2003 und 2006 eingemommene

Besoldung und Versorgung (LBV) von bis zu 90 Prozent der eingehenden Anrufe zu entlasten. Mittelfristig sei bis zur Mitte des kommenden Jahres geplant, das Beihilfeverfahren in Nordrhein-Westfalen zu optimieren und so die vom Unterausschuss geforderte, durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 14 Tagen langfristig sicherzustellen. Mit dem Thema hatte sich bereits im März der Petitionsausschuss des Landtags auseinandergesetzt, den viele Eingaben von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erreicht hatten. Die Bearbeitungszeit für Beihilfeanträge lag zu diesem Zeitpunkt bei acht Wochen und länger.

Abwassergebühren in Höhe von 4,3 Millionen Euro zweckwidrig für Ingenieursleistungen und Programmierarbeiten universitärer Institute in Nordrhein-Westfalen verwendet haben. Wie Dr. Schink den Abgeordneten mitteilte, seien von den Vorwürfen und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wuppertal keine derzeit im Ministerium beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Er betonte, mit dem Regierungswechsel 2005 sei die Vergabepaxis für Forschungsaufträge grundlegend geändert worden. Seitdem seien Ausgaben von über 50.000 Euro nur noch mit Zustimmung der Hausspitze und über eine zentrale Vergabestelle möglich.

Unterdessen wachsen in der SPD die Zweifel, ob Beck auf Dauer Parteivorsitzender bleiben könne. Sorgen und Kalkulationen gibt es, die Unzufriedenheiten könnten im Laufe der nächsten Wochen

HOCHSCHULPOLITIK

ten dies in Klärung. Die SPD-Zentrale bezeichnete die Umfrage als nicht repräsentativ und unserios. (Siehe Seite 10)

Hessische Studiengebühren verfassungsgemäß

Staatsgerichtshof: Gebot der Bildungschancengleichheit / Koch sieht sich bestätigt

holl. WIESBADEN, 11. Juni. Der hessische Staatsgerichtshof hat die Studiengebühren von 500 Euro je Semester für vereinbar mit der Landesverfassung erklärt. Das Urteil fiel mit sechs zu fünf Richtern knapp aus. SPD, Grüne und Linkspartei beharren darauf, die von der CDU-Alleinregierung zum

sung im ersten Absatz fest, dass der Unterricht generell „in allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulgebühren unentgeltlich“ sei. Zugleich gebe aber derselbe Artikel in Satz 4 dem Gesetzgeber die Möglichkeit, ein „angemessenes Schulgeld zu erheben, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet.“ Daraus ergebe sich „keine Garantie der Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums“, sondern das „Gebot der Bildungschancengleichheit“. Auch dem „sozialen Schichten solle eine akademische Ausbildung nicht verschlossen bleiben, weil er

tuation und ohne Bonitätsprüfung diendarlehen gewähre, seien allen an Hessens Hochschulen in das Schulgeld in Form von Studiengebühren von 500 Euro je Semester. Wirtschaftlich schwächeren Studenten müssten keine Zinsen für Darlehen müsse frühestens nach Ende des Studiums zurückgezahlt werden. Damit sei die Rückzahlung des Darlehens auch für einkommensschwache Studenten zumutbar“, urteilte der Staatsgerichtshof. Fünf Richter, darunter die Justizministerin (Grüne), befanden das Urteil für nicht gerecht, während die SPD und die Linkspartei es für gerechtfertigt und sinnvoll hielten.

Eine Studie und zwei Meinungen

Koalition und Opposition streiten über Beiträge der Studierenden

Drei Anträge, die den Studiengebühren an den nordrhein-westfälischen Hochschulen – die Landesregierung legt Wert auf die Bezeichnung Studienbeiträge – am liebsten den Garaus machen wollten, drei Abstimmungen, die eben dies verhinderten. Im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter dem Vorsitz von Ewald Groth (GRÜNE) stellten sich die Koalitionsfraktionen CDU und FDP hinter die Regierung. Sie stützten ihr Votum auf eine Studie des Deutschen Studentenwerks und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, die gemeinsam die Verwendung von Studienbeiträgen an Hochschulen in NRW untersucht hatten und zu einem insgesamt positiven Urteil gekommen waren.

Die beiden Studienverfasser hätten an 28 nordrhein-westfälische Hochschulleitungen und an alle gewählten Studentenvertreter in Senat und Fachbereichsräten Fragebögen geschickt; 25 Hochschulen antworteten. Das Ergebnis werteten die Koalitionsfraktionen und Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Michael Stückradt als Bestätigung für ihre Überzeugung, dass Studienbeiträge ihren Sinn erfüllen, dass sie von den Studierenden weitgehend akzeptiert werden und dass sie von den Hochschulen im Geist des Gesetzes eingesetzt werden. Die Opposition war anderer Meinung: Auftrag tendenziös erteilt, Datenbasis unter den Studierenden zu klein, Ergebnisse nicht valide. Kurz: Die Studie ist entweder „unzureichend“ und mit Blick auf die Studierenden „nicht repräsentativ“ (Karl Schultheis, SPD) oder „unseriös“ (Dr. Ruth Seidl, GRÜNE). Noch immer versickere zuviel von dem Geld im System, meinte die GRÜNE-Sprecherin, während der SPD-Sprecher beim Auftrag für die neue Studie die Mitwirkung des Parlaments bei der Auftragsformulierung verlangte.

von den Hochschulen eingenommenen Mittel korrekt verwendet würden. Wie die Sprecherin der Grünen zutreffend festgestellt habe, „ist die missbräuchliche Verwendung kein Thema mehr“. Er attestierte angesichts der Ergebnisse der Opposition „Rückzugsgefechte“.

Der Liberale Lindner widersprach ebenfalls der Opposition entschieden: „Diese Studie ist hoch seriös!“ Zumal wenn man bedenke, dass sich eine durchaus studienbeitragskritische Institution in Form des Studentenwerks beteiligt habe. Es handele sich, weil die Studie in einem Zeitraum erfolgt sei, in dem die Hochschulen erst damit begonnen hätten, allgemeine Studienbeiträge zu erheben, um keine abschließende Bewertung, sondern eher um einen Zwischenbericht. Die Koalition habe die Lan-

desregierung schon aufgefordert, eine größere Untersuchung anzustellen. Lindner: „Dann werden sich die positiven Auswirkungen der Studienbeiträge noch deutlicher erweisen.“

Der Ausschussvorsitzende Ewald Groth machte in diesem Zusammenhang auf einen misslichen Umstand aufmerksam: Wenn ein Studierender während des Semesters die Hochschule wechselt, muss er zweimal Studiengebühren zahlen – an der alten und an der neuen Hochschule. Das, so erklärte der Staatssekretär, sei dem Ministerium bekannt und solle geändert werden: Man habe die Hochschulen aufgefordert, eine Kulanzzreglung zu finden. Der SPD war das nicht genug: Kulanzzreglung reiche nicht aus, das Gesetz sei zu ändern. JK

„RÜCKZUGSGEFECHTE“

Das sahen die Sprecher von CDU (Dr. Jürgen Brinkmeier) und FDP (Christian Lindner) anders. Der Christdemokrat stellte die Frage in den Raum, wann die Opposition die Ergebnisse gutheißen wolle – erst wenn sie ihrer Auffassung entsprächen? „Wir können zufrieden feststellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, meinte Brinkmeier. Er unterstrich, dass die

Gemeinsamer Bericht

„Die Hochschulen verwenden die Studienbeiträge insgesamt zweckentsprechend für die Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen; konkrete Beispiele für eine nicht zweckentsprechende Verwendung wurden weder in der Befragung noch im Zuge der Begehungen genannt.“

„Der Anteil des Beitragsaufkommens, der für den im Zuge der Erhebung von Studienbeiträgen anfallenden Verwaltungsaufwand verwendet wird, liegt im Durchschnitt aller Hochschulen bisher deutlich unter zwei Prozent.“

„In Bezug auf die Transparenz der Verwendung der Studienbeiträge besteht seitens der Hochschulen noch erheblicher Nachholbedarf.“

„Die Rückstellungen blieben größtenteils im angemessenen Rahmen (im Durchschnitt maximal acht Prozent) und sind im Wesentlichen gut begründet.“

(Auszüge aus der Zusammenfassung der 137-seitigen Studie)

Die Regierungskoalition steht für stabile Finanzen

Stabile Finanzen und eine gut aufgestellte Finanzverwaltung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.“ Das erklärt der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Unterausschuss Personal, Christian Möbius (Foto), zum gleichlautenden Plenarantrag von CDU und FDP. Die Koalition verfolge das Leitbild eines leistungsstarken, hoch motivierten, aber auch schlankeren öffentlichen Dienstes. Im Rahmen der notwendigen finanzpolitischen Gesamtschau entscheidend sei daher immer ein austariertes Verhältnis zwischen dem im Rahmen der Haushaltskonsolidierung unumgänglichen Stellenabbau und der Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung, die zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteue-



rung immer gewährleistet sein muss.

Die bestehenden Probleme im Rahmen des Steuervollzugs müssten vor allem an ihren Wurzeln gepackt werden. Möbius: „Wir wollen die Vereinfachung der heute für die Verwaltung und die Bürger großteils nicht mehr verständlichen Steuergesetze. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Nachdruck für dieses wichtige Anliegen einsetzt. Die Erfahrungen der Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung bieten dabei eine unbezahlbare Informationsquelle, wenn es darum geht zu erfahren, welche Gesetze nur schwer angewendet werden können. Wir könnten uns auch eine Einrichtung wie

einen „Administrierungs-TÜV“ vorstellen, der intensiv Steuergesetze auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. Diese und weitere Ansätze wollen wir in Zusammenarbeit mit Experten und Praktikern weiterverfolgen. Wir beschäftigen uns bereits heute mit der Frage, wie die Finanzverwaltung im Jahr 2015 aufgestellt sein muss.“

Ebenfalls zählten eine funktionierende Unterstützung der Beschäftigten durch moderne Informationstechnologie, eine angemessene Entlohnung, zeitgerechte Leistungsanreize und eine ausgewogene Altersstruktur innerhalb der Finanzverwaltung zu den wichtigen Anliegen der Koalition, so Möbius weiter. „Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Voraussetzung für eine gut funktionierende Verwaltung, die ihrerseits die Stabilität des öffentlichen Gemeinwesens gewährleistet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Beschäftigten des Landes angemessen am Aufschwung partizipieren“, so der CDU-Experte abschließend. ■

■

Beste Stimmung beim Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion

Mehr als 500 Gäste konnte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke beim traditionellen Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion im Landtag begrüßen, darunter Landtagspräsidentin Regina van Dinker und fast das gesamte Landeskabinett mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers an der Spitze. Aus der Bundespolitik war unter anderem der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle nach Düsseldorf gekommen. Bei seiner Ansprache betonte Papke, FDP und CDU hätten in den zurückliegenden drei Jahren bereits große Erfolge bei der Modernisierung Nordrhein-Westfalens erzielen können. Mehr denn je sei er davon überzeugt, dass die bürgerliche Reformkoalition aus FDP und CDU in Düsseldorf das Vorbild für eine erfolgreiche Koalition in Berlin sein könne. Zu der aktuellen Debatte über verlängerte Laufzeiten für Steinkohlezechen machte Papke klar: „Der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau ist und bleibt beschlossene Sache.“ Die Koalition aus FDP und CDU verlängere nicht mit Milli-

ardensubventionen die Vergangenheit, sondern investiere in die Zukunft, in Bildung, Forschung und Innovation. „Das ist das Markenzeichen der neuen Politik für Nordrhein-Westfalen.“

Ministerpräsident Rüttgers hob insbesondere das gute Klima der Düsseldorfer Koalition hervor: „Es gibt keine Alternative zu unserer gemeinsamen Politik. Denn wir sind dabei, NRW konsequent zu modernisieren und zum Land der neuen Chancen zu machen.“ Auch in den kommenden zwei Jahren dürfe es keine Reformpause bei der Aufholjagd Nordrhein-Westfalens geben, betonte Innovationsminister Andreas Pinkwart. „Zögerlichkeiten können wir uns nicht leisten. Denn noch sind wir nicht dort angekommen, wo wir hinwollen – an die Spitze.“

Guido Westerwelle, FDP Bundesvorsitzender, zeigte sich sicht-

lich angetan über die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Erfolgsbilanz der Koalition. „Dass, was in Nordrhein-Westfalen stattfindet, weist weit über die Landespolitik hinaus. NRW ist die Blaupause für die Bundespolitik, denn die Stillstandspolitik der großen Koalition kann sich unser Land nicht länger leisten.“ ■



Die SPD-Fraktion spielt den Europameister aus



Parallel zur Fußball-Europameisterschaft gilt bei der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag: Wir testen die Besten! Seit zwei Wochen spielen 32 Abgeordnete und Journalisten den Europameister am Kickertisch aus. Zu diesem Zweck wurde das Foyer zu einem Stadion umgebaut und erfreut sich größter Beliebtheit. ■

listen den Europameister am Kickertisch aus. Zu diesem Zweck wurde das Foyer zu einem Stadion umgebaut und erfreut sich größter Beliebtheit. ■



Studie „NRW-Klima 2020 – Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Erreichung des nationalen Klimaschutzziels“

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Die Grüne Landtagsfraktion NRW hat die von der Firma EUtech Energie & Management GmbH untersuchen lassen, mit welchen Maßnahmen NRW seinen Beitrag zur Erreichung des CO₂ Reduktionsziels der Bundesregierung von 40 Prozent bis 2020 leisten kann. Mit knapp 300 Millionen Tonnen CO₂ entstehen in NRW heute etwa ein Drittel der Emissionen Deutschlands.

Die Studie belegt: Ambitionierter Klimaschutz erfordert einen fundamentalen Politikwechsel. Aber gerade NRW kann seine Chancen für zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze nutzen, indem es zum Ausgangspunkt für die „dritte Industrielle Revolution“ wird, die zur Bewältigung des Klimaschutzproblems notwendig ist. Bis 2020 ist eine Reduzierung des Stromverbrauchs um 17 Prozent machbar, etwa durch den Ersatz von derzeit noch 450.000 elektrischen Nachtspeicherheizungen.

NRW ist mit seiner dichten Besiedlung und energieintensiven Industrie prädestiniert

für einen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) von heute zehn Prozent auf 33 Prozent der Stromerzeugung in 2020.

Die erneuerbaren Energien werden in NRW 2020 einen Anteil von 22 Prozent an der Stromerzeugung gegenüber heute drei Prozent liefern, der Großteil davon wird aus der Windkraft kommen.



Ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz muss die Gebäudesanierung erbringen, denn in NRW haben 95 Prozent der Gebäude einen abgestuften energetischen Sanierungsbedarf. Das ist nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für Bauindustrie und Bauhandwerk wichtig. Mit den Maßnahmen lässt sich der CO₂-Ausstoßes in NRW um ein Viertel reduzieren, wofür 86 Milliarden Euro (7,2 Milliarden jährlich) investiert werden müssen – davon allein 36 Milliarden Euro in die Gebäudesanierung. Um diese Investitionen auszulösen, wird es erheblicher staatlicher Förderanreize bedürfen.

Die Studie weist aber auch nach: Ein weiterer Neubau von Kohlekraftwerken ist nicht erforderlich. Im Gegenteil: Die Konkurrenz der Stromproduktion aus Kohlekraftwerken würde den notwendigen Ausbau der KWK verhindern.

Die Studie kann von der Internet-Seite der Grünen Fraktion www.gruene.landtag.nrw.de heruntergeladen oder als gedrucktes Exemplar bestellt werden. ■

Konzept oder Flickenteppich?

Geplante Umweltzonen im Ruhrgebiet sorgen für dicke Luft

Ist die Einführung von Umweltzonen im Ruhrgebiet ein großer Schritt oder „Flickschusterei“? Dies waren die beiden Pole, die bei einer Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter Leitung von Marie-Luise Fasse (CDU) deutlich wurden. „Umweltzonen-Chaos im Ruhrgebiet beenden“ – unter dieser Überschrift stellten die Grünen ihren Antrag (Drs. 14/6340), in dem sie erneut die Frage thematisierten, ob es an der Ruhr eine zusammenhängende große oder mehrere kleine Umweltzonen geben soll.

Im Ruhrgebiet leben an die fünf Millionen Menschen. Durch die Verkehrsbelastung und die Konzentration von großen Industrieunternehmen – neben dem Bergbau und den Kokereien unter anderem Kraftwerke sowie Eisen- und Stahlwerke – sind die Bewohner in besonderem Maße Luftschadstoffen ausgesetzt. Sie stehen im begründeten Verdacht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Lungenkrebs zu verursachen. Die EU hat für die Konzentration dieser Stoffe bestimmte Grenzwerte festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund diskutierte der Umweltausschuss mit Experten vor allem die Fragen, welche Maßnahmen zur Luftreinhaltung effizient und verhältnismäßig seien, ob denn wie geplant mehrere kleine Umweltzonen ein vergleichbares Ergebnis brächten wie eine große, umfassende Umweltzone, und wie sich beide Ansätze hinsichtlich des Verwaltungsaufwands und der Kosten unterschieden.

Auf Nachfrage von Karl Kress (CDU), der das Prinzip der Verhältnismäßigkeit betonte, stellte Professor Dr. Peter Bruckmann vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW die vorliegende Planung als Gesamtkonzept dar, das die vorhandenen 20 Einzelpläne für das Ruhrgebiet zusammenfasse und in drei Teilplänen der drei beteiligten Bezirksregierungen aufeinander abstimme. Die Größe der acht vorgeschlagenen Umweltzonen liege mit 19 bis 83,5 km² im Bereich bisher ausgewiesener Umweltzonen in Deutschland; insgesamt würde eine Fläche von 225,7 km² erreicht.

Die angehörten kommunalen Experten aus Duisburg (Dr. Thomas Griebe), Herne (Jan Terhoeven) und Dortmund (Wilhelm Steitz) hielten dagegen, durch die Aufteilung seien die Flächen zu klein, um Wirkung zu erzeugen. Der Effekt der geplanten acht Umweltzonen mit Korridoren sei deutlich geringer als eine große, zusammenhängende Umweltzone. Die Stadt Oberhausen – vertreten durch Dirk Buttler – sah die vorgeschlagene Abgrenzung als Kompromiss zwischen Land und Kommunen, der im Bedarfsfall fortgeschrieben werden müsse.

Grundsätzlich kritisch zum Instrument der Umweltzonen äußerten sich die Industrie- und

Handelskammern, bei der Anhörung vertreten durch Michael Pieper von der IHK Duisburg. Die IHK befürchtet gerade im Randbereich Umwegfahrten sowie im Zentrum negative Impulse für den Einzelhandel. Auf jeden Fall müssten entsprechende Ausnahmeregelungen die Auswirkungen für Gewerbebetriebe abmildern. Auf Nachfrage von Holger Ellerbrock, Sprecher der FDP im Umweltausschuss, erklärte Pieper aber grundsätzlich die Bereitschaft der Industrie, sich mit eigenen Initiativen an der Luftreinhaltung zu beteiligen.

Svenja Schulze warf als Sprecherin der SPD die Frage auf, wie sich denn kleinere Umweltzonen auf den bürokratischen Aufwand auswirken. Aus Oberhausen, Herne und Dortmund sowie vom Regionalverband Ruhr (Ulrich Carow) erhielt sie die Antwort, dass kleinere Zonen aus deren Sicht zu einem unübersichtlichen und unnötig teuren „Schilderwald“ (die Kosten seien wohl nicht auf das Land abzuwälzen), zu Problemen in der Feinabstimmung sowie zu deutlich weniger Ausnahmeregelungen führten. Außerdem prüfe man, ob man für die „Korridore“ außerhalb der Umweltzonen mit Mitteln des Straßenverkehrsrechts (bis hin zu einer undifferenzierten Sperrung für alle Fahrzeuge oberhalb von 3,5 Tonnen) das gleiche Ziel der Luftreinhaltung sicherstellen müsse, um eventuellen Klagen vorzubeugen.

Die vorgesehene „Zerstückelung“ sei des Weiteren den Bürgern

nicht zu vermitteln; insbesondere auch deshalb nicht, da laut den Städtevertretern eine effiziente Kontrolle nicht möglich sei und daher Glaubwürdigkeit fehle. In die gleiche Kerbe schlug der Vertreter des BUND, Dirk Jansen, der die Auswahl der durch die Umweltzonen erfassten Gebiete als „willkürlich“ bewertete.

Für die Grünen warf ihr Sprecher Johannes Remmel die Frage auf, inwiefern neben den Verkehrsabgasen auch die Emissionen der Industriebetriebe in die vorgesehene Initiative einzubeziehen seien. Bei diesem Punkt waren sich nun alle Experten weitgehend einig: Eine effektive Luftreinhaltung erfordere ein breit angelegtes Bündel von Maßnahmen, das miteinander verzahnt und nachhaltig den gewünschten Effekt hervorrufe. Inwiefern die jetzt geplanten Schritte mit zukünftigen EU-Vorgaben Schritt halten können, war dann aber wieder umstritten. CW



Montage: Schälte

Porträt: Horst Becker (GRÜNE)



Alle Welt spekuliert in diesen Wochen über schwarz-grüne Bündnisse: Der grüne Landtagsabgeordnete Horst Becker hat seine praktischen Erfahrungen mit den schwarzen Partnern längst gemacht. Als Stadtrat im rheinischen Lohmar arbeitet der Öko-Politiker seit fast vier Jahren in einer Koalition mit der CDU erfolgreich zusammen. Was im Lokalen möglich ist, will der Pragmatiker auf Landesebene in den nächsten Jahren nicht generell ausschließen – wirklich vorstellen kann sich der studierte Wirtschaftswissenschaftler dies aber bislang nicht. „Wir sind inhaltlich so weit entfernt von Rüttgers, da müsste sich die NRW-CDU schon erheblich bewegen.“

Seit 2005 sitzt der leidenschaftliche Kommunalpolitiker im Düsseldorfer Landtag und engagiert sich mit heißem Herzen und kühlem Verstand für Kommunales, Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik. Der Ruf als „Anwalt der Kommunen“ gefällt dem Grünen-Politiker, der seit 24 Jahren politisch aktiv ist. Dass die schwarz-gelbe Koalition die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen per Gesetz eingeschränkt hat, treibt Becker bis heute auf die Palme. Der Abgeordnete fürchtet verheerende Auswirkungen durch finanzielle Ausfälle der Städte für den öffentlichen Personennahverkehr, für Soziales und Kultur.

Vor allem die Verkehrspolitik hat es dem gelernten Speditionskaufmann angetan. „Wir geben definitiv zu wenig Geld aus für Busse und Bahnen“, warnt Becker. Der Grüne ist sicher, dass sich die Großstädte schon in wenigen Jahren vom Umland abschotten werden, weil sie die Belastung durch Abgase, Feinstaub und Stickoxide begrenzen müssen. „Der Verkehr wird das große Megathema“, glaubt der Rheinländer. Busse und Bahnen werden immer

wichtiger, damit Menschen überhaupt noch in die Städte hineinkommen. Scharfe Kritik übt Becker am christdemokratischen Verkehrsminister Oliver Wittke, der die Kürzungen der ÖPNV-Mittel durch den Bund einfach an die Kommunen weitergereicht habe. „Das wird vor allem den ländlichen Raum treffen.“

Der gebürtige Kölner fährt selbst ausgesprochen gern Fahrrad. Im politischen Alltagsstress findet der Parlamentarier aber immer seltener die Zeit, mit dem Drahtesel übers Land zu radeln. Es gibt genug zu tun. Becker hat kein Verständnis für den Ausbau der regionalen Flughäfen, die mit staatlichen Subventionen und niedrigen Flughafenengebühren um Billigflieger konkurrieren. Während CDU, SPD und FDP die Wünsche der Mallorca-Flieger und der Wirtschaft bedienen, kritisiert der Öko-Politiker den Fluglärm für die Anwohner und die wachsende Umweltbelastung durch Abgase der Jets. Ein alter Konflikt in Industriestaaten: Mobilität gegen Umweltschutz.

SCHWARZ-GRÜN

Fleißig kämpft der Grüne für bezahlbare und energiesparende Wohnungen, damit auch Menschen mit geringen Einkommen von hohen Mieten und der „zweiten Miete“ für Heizkosten nicht erdrückt werden. Bei der energetischen Sanierung von Altbauten kommt langsam etwas in Bewegung: Mit der Explosion der Energiepreise wächst die Bereitschaft in Berlin und Düsseldorf, mehr Fördermittel für Wärmedämmungen und den Einbau moderner Heizungen aufzuwenden.

Die regelmäßige Rückkopplung der grünen Landespolitik mit der Arbeit in den Kommunen hält Becker für unverzichtbar. Im heimischen Lohmar haben seine Grünen bei der letzten Kommunalwahl 25,5 Prozent der Stimmen erreicht – sicher nicht zuletzt, weil der Öko-Politiker in Düsseldorf mit Argusaugen darauf achtet, dass das Land die klammen Kommunen nicht über den Tisch zieht. Dafür, dass es in Lohmar so gut klappt mit der CDU, hat Becker eine Begründung: „Personen spielen eine wichtige Rolle.“ In der CDU vor Ort gab es vor der letzten Kommunalwahl einen Generationswechsel: Mit der neuen jungen Garde funktioniert die Zusammenarbeit.

Eine Leidensgemeinschaft verbindet Becker mit dem 1. FC Köln. Als treuer Fan der Rot-Weißen erlebt er das Auf und Ab des rheinischen Kult-Clubs so oft wie möglich im Stadion mit. „Ich bin kein Mitglied. Aber ich zittere mit den Geißböcken“, räumt der Grüne ein.

In zwei Jahren möchte der emsige Abgeordnete noch einmal für fünf Jahre im Landtag kandidieren. Becker bleibt aber ganz Basispolitiker: „Das liegt in der Entscheidung der Basis.“

Autor: Wilfried Goebels

FCL: Überzeugender Sieg

Den zweiten Dreier der noch jungen Saison hat der FC Landtag NRW im Match gegen die DJK-Mannschaft des Franz-Sales-Hauses in Essen eingefahren. Und erneut zeigte er nicht mit Toren und mit einem deutlichen Sieg: 4:1 hieß es am Ende für die Mannen um Günter Langen, der das Spiel seiner Getreuen wirkungsvoll von der Außenlinie dirigierte.

Dabei sah es anfangs nicht unbedingt nach einem überzeugenden Auftreten des Düsseldorfer Teams aus. Durch die kurzfristige Absage von gleich vier Abgeordneten geriet der FCL in arge Personalnot, hatte nur neun Mann an Bord und musste dankbar auf zwei Gastspieler aus dem Franz-Sales-Haus zurückgreifen. Der eine hütete den FCL-Kasten und ließ nur einen Treffer zu, der andere erzielte sogar das 1:0 für die Parlamentsmannschaft. Jürgen Unruhe, konditionstark und ballsicher im Mittelfeld, markierte das zweite Tor.

Nach seinem Anschlusstreffer wurden mit der knappen Führung für den FCL die Seiten gewechselt. Dann aber setzte sich der FCL überzeugend durch. Seine Abwehr wurde brillant vom Debütanten Willi Boltersdorf organisiert, hervorragend unterstützt von dem dynamischen Jörg Krause. Und im Mittelfeld dominierte jetzt eindeutig die FCL-Raute mit den spielstarken Stojan Petrov und Ibi sowie den robusten Bernd Heimfarth und Jens Harmeyer. Im Sturm unterstrichen einmal mehr Willi Nowack und Werner Mayer ihre Qualitäten und bauten die Führung für den FCL mit ihren beiden Toren aus. Dabei gelang dem Burgenländer Mayer mit der Hacke ein wahres Traumtor. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 21. Juni bis 28. August 2008

21.6. Dr. Helmut Linssen (CDU)	66
23.6. Axel Wirtz (CDU)	51
26.6. Wolfgang Röken (SPD)	65
26.6. Jürgen Rüttgers (CDU)	57
28.6. Sören Link (SPD)	32
30.6. Reimund Billmann (CDU)	64
2.7. Clemens Pick (CDU)	61
7.7. Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	55
11.7. Karl-Josef Laumann (CDU)	51
12.7. Angela Freimuth (FDP)	42
15.7. Harald Giebels (CDU)	44
19.7. Hendrik Wüst (CDU)	33
22.7. Helmut Stahl (CDU)	61
23.7. Holger Müller (CDU)	61
23.7. Marlies Stotz (SPD)	49
26.7. Achim Tüttenberg (SPD)	49
28.7. Ingrid Hack (SPD)	44
29.7. Dr. Gero Karthaus (SPD)	48
4.8. Hannelore Brüning (CDU)	66
9.8. Rüdiger Sagel (fraktionslos)	53
10.8. Dr. Anna Boos (SPD)	52
10.8. Bernd Krückel (CDU)	44
18.8. Cornelia Ruhkemper (SPD)	54
21.8. Ilka von Boeselager (CDU)	64
21.8. Werner Jostmeier (CDU)	58
27.8. Ulla Meurer (SPD)	53
28.8. Edgar Moron (SPD)	67

Johannes Rimmel, GRÜNE-Abgeordneter aus Siegen, ist bei der Vorstandswahl seiner Fraktion im Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt worden.

Professor Dr. Erich Küchenhoff, SPD-Landtagsabgeordneter von 1973 bis 1975, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Der Professor für Öffentliches Recht und Politische Wissenschaften lehrte bis 1987 an der Universität Münster. Als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen setzte sich Küchenhoff unter anderem für die Belange von Wehrdienstverweigerern, Flüchtlingen und Asylbewerbern ein.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 19. Juni 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Feuer und Flamme ...

... für eine Idee. Auf dem Weg zu den „National-Games 2008“ machten die Läuferinnen und Läufer im Landtag Station. Begrüßt wurden sie von Vizepräsident Edgar Moron. Special Olympics ist die größte Sportorganisation für geistig und mehrfach behinderte Menschen weltweit und genießt die Anerkennung des Internationalen Olympischen Komitees. Foto: Schälte